



Liese Kurier

Südwestfalen in Europa - Europa in Südwestfalen

EU-Programm LEADER bringt ländlichen Raum nach vorne

Mitglieder der lokalen Aktionsgruppen auf Einladung von Peter Liese zu Gast in Brüssel

„Durch das EU-Förderprogramm LEADER haben wir eine riesige Chance unsere Dörfer nach vorne zu bringen“, dies war das Resümee der 30 Teilnehmer einer Fahrt zum Thema LEADER nach Brüssel. Auf Einladung von Peter Liese hatten Regionalmanager und ehrenamtliche Vertreter aus den lokalen Aktionsgruppen (LAG) der LEADER-Regionen aus ganz Südwestfalen die Gelegenheit u.a. mit dem EU-Kommissar für ländliche Entwicklung, Phil Hogan, zu sprechen.

Bettina Doll, Regionalmanagerin
LEADER-Region BiggeLand - Echt.Zukunft.

„Die Menschen in Südwestfalen wollen, dass sich ihre Dörfer und Ortsteile entwickeln, um zukunftsfähig zu werden. Jetzt haben sie mehrere Jahre die Gelegenheit, selbst dazu beizutragen.“

Fortsetzung auf Seite 2



CDU will Medizinstudium an der Uni Siegen

Der Ärztemangel im ländlichen Raum ist allgegenwärtig. Jeder der in Südwestfalen kurzfristig einen Facharzttermin benötigt, hat dies schon am eigenen Leib gespürt. Gebündelt wollen nun die Bezirksverbände Südwestfalen, Ostwestfalen-Lippe und Münsterland für die Interessen der ländlichen Regionen eintreten. „Wir haben das Problem, dass in der Landesregierung oft nur an die Rheinschiene und das Ruhrgebiet gedacht wird“, so Peter Liese.

Die CDU Siegen-Wittgenstein setzt sich seit langem für die Einrichtung einer medizinischen Fakultät an der Universität Siegen ein. Dieses Anliegen wird von Peter Liese massiv unterstützt. Er steht

in engem Austausch mit vielen Experten aus der Region, die sich engagiert für Medizinstudienplätze in Siegen einsetzen. Mittlerweile gibt es außerdem einen einstimmigen Beschluss des Kreistages, der das Anliegen unterstützt.



Bei einem Gespräch mit Bernd Brandemann (Vorsitzender der CDU Kreistagsfraktion Siegen-Wittgenstein) und Dr. Uta Butt (Vorsitzende des Gesundheitspolitischen Arbeitskreises der CDU Siegen-Wittgenstein) tauschte sich Peter Liese über die Situation aus.



Liebe Leserinnen und Leser, auch in dem neuen Liese-Kurier blicken wir zurück auf viele unerwartete Ereignisse und polarisierende politische Entscheidungen und Wahlen.

Nachdem die letzte Ausgabe noch unter dem Eindruck des Brexits stand, folgte nun die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten. Ich sehe dem Amtsantritt von Donald Trump mit großer Sorge entgegen. Es ist eine große Herausforderung für die Europäische Union. Wir müssen nun noch energischer unsere Werte vertreten. Gerade in Zeiten von Trump, Erdogan und Putin freue ich mich darüber, dass Angela Merkel wieder als Kanzlerin kandidiert. Sie ist die Richtige für Deutschland und Europa.

Wenn Sie interessiert daran sind immer auf dem neusten Stand über die Entwicklungen in Europa und Südwestfalen zu sein, dann folgen Sie mir einfach auf Twitter oder Facebook und besuchen Sie meine Homepage. Gerne lassen wir Ihnen auch meinen monatlichen Newsletter per E-Mail zukommen. Kontaktdaten finden Sie auf der letzten Seite. Bei Fragen oder Anregungen können Sie sich jederzeit gerne an mich und meine Mitarbeiter wenden, wir freuen uns Ihnen helfen zu können.

Mir bleibt an dieser Stelle noch Ihnen viel Spaß mit dem neuen Liese-Kurier zu wünschen.

Peter Liese
Peter Liese





Fortsetzung von Seite 1



In der neuen Förderperiode des LEADER-Programms profitieren fast alle Regionen Südwestfalens von den Zuschüssen der Europäischen Union. Gefördert werden Projekte, die von lokalen Aktionskomitees vorgeschlagen und umgesetzt werden. In Brüssel konnten sich unsere Experten aus Südwestfalen mit dem Dachverband aller europäischen LEADER-Regionen und Experten der Europäischen Kommission austauschen. Außerdem freute sich Herr Liese die Gruppe im Parlament zu begrüßen und sie über seine Arbeit dort zu informieren.

Es können so viele Regionen in Südwestfalen durch LEADER gefördert werden, da sich das Europäische Parlament mit der Forderung durchgesetzt hat, mindestens 5% der Mittel für den ländlichen Raum für das Projekt bereitzustellen.

Auch ein Austausch mit Abgeordneten aus Baden-Württemberg, Südtirol und Kärnten war sehr interessant. Immerhin werden in Südwestfalen so viele Regionen gefördert, wie in fast ganz Baden-Württemberg, stellte der schwäbische Abgeordnete Norbert Lins erstaunt fest. Höhepunkt und Abschluss der dreitägigen Fahrt, war der Besuch in der EU-

Kommission beim zuständigen Kommissar für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung.

Der Ire Phil Hogan nahm die Einladung von Peter Liese gerne an und zeigte sich begeistert vom Engagement und der Fülle der Projekte in Südwestfalen. Hogan

betonte die Bedeutung des ländlichen Raums für Europa, wo rund die Hälfte der Menschen leben. Daher müsse insbesondere in Infrastruktur investiert und Arbeitsplätze geschaffen werden, auch um die Abwanderung der jungen Menschen zu stoppen.



Beteiligte Kommunen aus Südwestfalen in den LEADER-Regionen

- Märkischer Kreis: „LEADER sein! Bürgerregion am Sorpesee“ (Balve, Neuenrade), „LenneSchiene“ (Altena, Iserlohn, Nachrodt-Wiblingwerde, Plettenberg, Werdohl), „Oben an der Volme“ (Halver, Kierspe, Meinerzhagen, Schalksmühle).
- Kreis Siegen-Wittgenstein: „Wittgenstein“ (Bad Berleburg, Bad Laasphe, Erndtebrück), „3-Länder-Eck“ (Burbach, Neunkirchen, Wilnsdorf).
- Hochsauerlandkreis: „Hochsauerland“ Brilon, Hallenberg, Marsberg, Medebach, Olsberg, Winterberg, „4 mitten im Sauerland“ (Bestwig, Eslohe, Meschede, Schmallenberg), „LEADER sein! Bürgerregion am Sorpesee“ (Arnsberg, Sundern)
- Kreis Olpe: „BiggeLand, - Echt.Zukunft“ (Attendorn, Drolshagen, Olpe, Wenden), „LenneSchiene“ (Finnentrop, Lennestadt)
- Kreis Soest: „Börde trifft Ruhr“ (Ense, Welver, Werl, Wickede), „Lippe-Möhnesee“ (Bad Sassendorf, Lippetal, Lippstadt, Möhnesee, Soest), „5verBund“ (Anröchte, Erwitte, Geseke, Rüthen, Warstein).

Interview mit Peter Liese zu den Wahlen in den USA und was diese für Europa und den Klimaschutz bedeuten

Herr Liese, die meisten von uns hat das Wahlergebnis in den USA kalt erwischt. Haben Sie mit dem Ausgang gerechnet?

Ich habe im Stillen einen Wahlsieg von Donald Trump befürchtet, war aber doch davon ausgegangen, dass Hillary Clinton gewinnt. Als ich dann morgens um fünf zum ersten Mal die vorläufigen Ergebnisse gesehen habe, war ich schon ziemlich geschockt.

Experten sagen düstere Zeiten voraus. Welche Auswirkungen haben die Wahlen Ihrer Meinung nach auf Europa?

Das volle Maß der Auswirkungen ist sicher noch nicht absehbar, aber ich fürchte, dass es erheblich schwierigere transatlantische Beziehungen geben wird.



Wieso gerade auch die Klimapolitik?

Trump hat leider mehrfach angekündigt, dass er versuchen wird Klimaschutzverträge aufzulösen und die Maßnahmen, die Präsident Obama in seiner zweiten Amtszeit für das Klima eingeleitet hat, rückgängig zu machen. Aber das Gute ist, dass wir den Pariser-Klimaschutzvertrag ratifizieren konnten und es somit, nach Ansicht von Experten, für Trump nahezu unmöglich werden dürfte, den Vertrag zu kündigen. Es hat sich außerdem die Einstellung zum Klimaschutz in vielen Ländern geändert und der Klimaschutz spielt eine viel größere Rolle in der nationalen und internationalen Politik. Ganz besonders wichtig war die Aussage des chinesischen Umweltministers bei der Klimakonferenz COP22 in Marrakesch. China sieht Engagement im Klimawandel nicht nur als moralische Verpflichtung, sondern auch als wirtschaftliche Chance an. Während in früheren Jahren China und die USA gemeinsam gebremst haben, ist es heute nur



der amerikanische Präsident. Ich hoffe auch deshalb wird es für Trump schwierig, seine Vorhaben umzusetzen.

War die USA bislang denn ein wichtiger Partner in der Klimapolitik?

Sicher, als einer der größten CO₂ Ausstößer weltweit und als riesige Industriemacht sind die USA von enormer Bedeutung für den Klimaschutz. Unter Präsident Obama haben die Amerikaner riesige Fortschritte in Sachen Klima gemacht, daran war vorher gar nicht zu denken. Umso trauriger, dass wir nun damit rechnen müssen, die USA wieder zu „verlieren“. Aber auch das werden wir verkraften. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir immerhin auch vor Obama immer gegen die



Auch Teilnehmer aus den USA, hier eine Vertreterin der Ureinwohner, fordern eine harte Reaktion, falls Präsident Donald Trump aus dem internationalen Klimaschutzabkommen von Paris ausscheidet.

USA kämpfen mussten. Die europäische Klimapolitik ist es also schon gewohnt, einen mächtigen Kontrahenten zu haben. Dies werden wir auch weitere vier Jahre überstehen und dann werden die Karten ja erstmal wieder neu gemischt.

Auch mit Blick auf das kommende Wahljahr 2017, wo unter anderem Frankreich und Deutschland eine neue Regierung wählen, sind die US-Wahlen von besonderer Relevanz. Denken Sie, dass der Populismus in Europa durch sie gestärkt wurde?

Nein, ich glaube nicht, dass der Populismus gestärkt wurde. Uns wurde aber deutlich gezeigt, wie stark und wie tief er in der Gesellschaft verankert ist. Wir müssen nun umso deutlicher für unsere Werte eintreten, sie verteidigen und sie verbreiten. Der Brexit und die Wahl von Trump sind ein Weckruf für die europäische Politik, den wir dringend hören sollten, um unter anderem der Front Nationale in Frankreich und der Alternative für Deutschland nicht das Feld zu überlassen.

Südwestfalen ist auch im Gesundheitsbereich führend

Durch EU-Fördergelder und die neue Medizinprodukteverordnung wird der Standard in der Medizin und der Pflege entscheidend gehoben

Ein EU-Projekt, das die Fachhochschule Lüdenscheid mit fünf weiteren Partnern aus Südwestfalen entwickelt hat, kann helfen die Sicherheit und die Qualität in der Pflege zu verbessern. Das aus dem EU-Förderprogramm Ziel 2 unterstützte Projekt „SensorQuality“ hat untersucht, wie mit dem Einsatz von Sensorik in der Pflege, Pflegekräfte entlastet werden können, damit sie sich dem einzelnen Patienten besser widmen können. Dabei wurde auf vorhandene Technik, die von den Firmen in Südwestfalen entwickelt wurde, zurückgegriffen und die verschiedenen Komponenten wurden zu einem Gesamtsystem zusammengefügt. Beteiligt waren neben der Fachhochschule Südwestfalen, die Deutsche Gesellschaft für Gerontotechnik aus Iserlohn (GGT), die GWS-Gesellschaft zur Wirtschafts- und Strukturförderung im Märkischen Kreis mbH aus Altena, die Meise GmbH aus Schalkmühle, die TURCK duotec GmbH aus Halver, die Winkel GmbH aus Lüdenscheid und die Wissner-Bosserhoff GmbH aus Wickede.

Bei einem Besuch von Peter Liese informierten Prof. Andreas Brauers, Sprecher des Forschungsschwerpunkts Medizintechnik an der FH und Prof. Ingo Krusch, Professor für das Lehrgebiet Medizintechnik in der Therapeutik, über das Projekt und die weiteren Aktivitäten der Fachhochschule. Jährlich beginnen fast 100 junge Menschen in Lüdenscheid und Hagen den Studiengang Medizintechnik. „Besonders beeindruckt hat mich, dass die Absolventen dieses Studienganges praktisch eine Jobgarantie haben“, so Peter Liese. Die Berufseinsteiger bestätigen, „bei uns das Richtige gelernt zu haben“, so Prof. Ingo Krusch.

Während des Gesprächs über den Ausbildungsgang und über die Bedeutung der Medizintechnik tauschten sich Krusch, Brauers und Liese auch über den kürzlich von der EU beschlossenen Kompromiss zur Verbesserung der Sicherheit bei Medizinprodukten aus. Die Sicherheit von Medizinprodukten und die entsprechenden EU-Regeln sind ein wichtiger Teil der Ausbildung an der FH Südwestfalen. Die neue EU-Medizinprodukteverordnung sieht unter anderem unangekündigte Kontrollen bei den Herstellern nach dem Inverkehrbringen der Produkte vor. Sie wurde maßgeblich unter dem Eindruck des Brustimplantatskandals beschlossen. Liese hob insbesondere diesen Punkt im Interesse der Patientensicherheit hervor. „Das Problem beim PIP-Skandal bestand darin, dass das Produkt zwar am Anfang den Regeln entsprach, der Hersteller die Produktion später aber von

hochwertigem, medizinischem Silikon auf billiges Industriesilikon umgestellt hat. Das soll zukünftig durch verpflichtende Kontrollen beim Hersteller unterbunden werden.“ Außerdem sollen die benannten Stellen sehr viel stärker kontrolliert werden und sie müssen medizinisches Fachpersonal einstellen, um Medizinprodukte weiterhin bewerten zu können. Für Hochrisikoprodukte, z.B. Implantate oder HIV-Tests, wird ein zusätzliches Sicherheitsverfahren eingeführt. Nicht nur die benannte Stelle, sondern auch ein besonderes Expertenkomitee überprüft die Übereinstimmung mit den Regeln. Für Patienten wird ein Implantatpass eingeführt. Dadurch können Patienten und Ärzte immer nachvollziehen, welches Produkt implantiert wurde. Medizinprodukte müssen zukünftig außerdem einen klinischen Nachweis erbringen (dies galt bisher nur für Arzneimittel), vor allem bei höheren Risikoklassen müssen die Hersteller Studien durchführen.

Prof. Andreas Brauers:

„Wir haben in Südwestfalen ein starkes Netzwerk aus Wissenschaft und Industrie im Bereich der Medizintechnik. Wir versuchen das hier weiter zu stärken, dadurch dass wir Leute entsprechend ausbilden, dass wir aktiv Forschung betreiben in Gebieten wie Biosensorik, Telemedizin, Implantaten und versuchen damit hier dieses wichtige Geschäftsfeld für die deutsche Wirtschaft auch in der Region noch weiter voran zu treiben.“





Schutz gegen unfaire Konkurrenz aus China gefordert

CDU-Politiker informieren sich beim Walzwerk Einsal über über die Situation vor Ort



Die heimische, mittelständische Industrie leidet sehr unter den schwierigen Wettbewerbsbedingungen, ausgelöst durch chinesische Produktionsüberschüsse.

Besonders betroffen ist die Stahlindustrie, da chinesische Überschüsse wesentlich günstiger auf dem europäischen Markt verkauft werden können, als heimische Stahlerzeugnisse. Gemeinsam mit der Bundestagsabgeordneten Christel Vossbeck-Kayser besuchte Peter Liese das Walzwerk Einsal in Nachrodt. „Ich sehe es als meine Aufgabe an, die berechtigten Interessen der heimischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Brüssel vorzutragen. Wenn China zu Preisen auf den europäischen Markt dringt, die unter den Kosten liegen, dann muss die EU die heimische Industrie besser schützen“, so Peter Liese.

Die Walzwerke Einsal beschäftigen 300 Mitarbeiter und sind der größte Arbeitgeber vor Ort.

Dr. Bodo Reinke, Geschäftsführer der Walzwerke Einsal GmbH:

„Unser Wettbewerbsvorteil sind Qualität und Sonderanforderungen, mit Standardprodukten können wir im Wettbewerb nicht mehr mithalten.“

EU-Kommission verlängert Glyphosat-Zulassung für 18 Monate

Nach langwierigen Verhandlungen ist die EU-Kommission Ende Juni ihrer rechtlichen Verpflichtung nachgekommen und hat eine Entscheidung bezüglich der Zulassung von Glyphosat gefällt. Für weitere 18 Monate wird das Pflanzenschutzmittel nun in Europa zugelassen sein, statt der wie von der Kommission ursprünglich vorgesehenen 15 Jahre. Zuvor hatten 19 Mitgliedstaaten für die Verlängerung gestimmt, 7 enthielten sich und Frankreich und Malta waren dagegen. Unter den 7 Enthaltungen war auch Deutschland, obwohl es als größter Mitgliedsstaat einen wichtigen Beitrag zur Lösung des Streits

hätte leisten können. Peter Liese findet es bedauerlich, dass die Kommission nun alleine entscheiden musste: „Wir haben einen guten Kompromiss gefunden. Schade ist, dass die Kommission am Ende entscheiden musste, beim nächsten Mal muss die Absprache besser funktionieren!“

Peter Liese:

„Es ist peinlich, dass Deutschland keine eigene Position erarbeitet hat, weil sich die zuständigen Ministerien nicht einigen konnten!“



Der Kompromiss ist sinnvoll, da es in vielen Bereichen keine Alternative gegeben hätte und man nicht ganz Europa innerhalb weniger Wochen zum Bioanbau umstellen kann. In den nächsten 18 Monaten soll nun eine weitere Studie die gesundheitlichen Risiken durch Glyphosat eindeutig klären.

Pariser Klimaschutzabkommens tritt in Kraft

Das Europäische Parlament hat noch rechtzeitig grünes Licht für die Ratifizierung des Pariser Klimaschutzabkommens gegeben



Mit der schnellen Ratifizierung des Pariser Klimaschutzabkommens hat die EU

gezeigt, dass Europa in kurzer Zeit entscheidungs- und handlungsfähig ist. Noch nie trat ein internationales Abkommen, das 195 Staaten betrifft, in nur elf Monaten in Kraft. Die EU wird nun weiterhin ihre Führungsrolle im Kampf gegen den Klimawandel beibehalten. Im Hinblick auf die Klimakonferenz COP22, die Mitte November in Marrakesch stattfand, war ein schnelles Ratifizieren besonders wichtig. Nur wer ratifiziert hatte, konnte auch als aktiver Verhandlungspartner bei der

COP22 mitentscheiden. Besonders wichtig ist das schnelle Inkrafttreten durch die Ratifizierung der EU auch gewesen, damit der frisch gewählte US-Präsident Donald Trump, die Zusagen von Präsident Barack Obama zum Klimaschutz nicht so leicht zurücknehmen kann. Nach dem Inkrafttreten am 04. November dürfte es für ihn schwer werden aus dem Klimaabkommen auszutreten, da er jetzt völkerrechtlich daran gebunden ist.

Das Abkommen konnte im November in Kraft treten, weil es 55 Staaten ratifiziert haben, die mindestens 55 Prozent aller globalen Treibhausgas-Emissionen auf sich vereinen. Die EU hat sich dazu verpflichtet, bis 2030 ihren Treibhausgas-Ausstoß um mindestens 40 Prozent gegenüber 1990 zu senken. In den kommenden Monaten werden wir verhandeln, welcher Mitgliedsstaat wieviel der Treibhausgasemissionen verringern muss. Ohne eine Einigung bei der Lastenverteilung sowie die Zustimmung der Parlamente aller 28 EU-Staaten ist Europas Ratifizierung des Pariser Abkommens noch nicht ganz vollendet.



Europäische Grenzsicherung wird gestärkt

Schutz der Außengrenze im gemeinsamen Interesse



Das Europäische Parlament in Straßburg hat eine gemeinschaftliche Verantwortung für den Schutz der EU-Außengrenzen unter Respektierung des grundlegenden Prinzips der nationalen Souveränität be-

schlossen. Zwischen dem Gesetzgebungsvorschlag der Kommission und der Annahme im Parlament lag nur ein halbes Jahr. Die Zahl der Experten, die für die Grenzschutzagentur Frontex arbeiten, soll auf 640 ansteigen und damit fast verdoppelt werden. Außerdem werden die Mitgliedstaaten im Krisenfall von Spezialteams unterstützt, die wesentlich schneller als bisher in die Krisenzone entsandt werden können. Durch jährlich stattfindende Analysen sollen kritische Situationen frühzeitig erkannt werden und in außerordentlichen Fällen können Staaten aus

dem Schengen-Verbund ausgeschlossen werden.

„Der wirksame Schutz der Außengrenze ist kein griechisches oder italienisches Problem, sondern im gemeinsamen europäischen Interesse. Deshalb ist es gut, dass Europa hier tätig wird“, betonte Peter Liese.



Türkei Vollmitgliedschaft in der EU? Ich bin dagegen!

Nicht nur wegen der aktuellen politischen Entwicklungen ist Peter Liese dagegen, dass die Türkei in die EU aufgenommen wird. Das Land liege auch in einer anderen Region und habe eine gemeinsame Grenze mit dem Iran, Irak und Syrien. Schon seit Beginn der Diskussion Ende der 1990er Jahre ist Peter Liese der Meinung, dass es falsch sei, die Türkei in die EU aufzunehmen: „Das mache ich auch nicht an der Religion fest, der Islam ist Teil Deutschlands. Die Art und Weise wie Staatschef Erdogan mit der Pressefreiheit umgeht und wie er ohne ordentliches Gerichtsverfahren Richter, Universitätsprofessoren und viele andere ins Gefängnis sperrt, ist inakzeptabel. Für den Fall, dass sich die Türkei auch wei-



terhin so dramatisch von den Werten Europas entfernt, sollten wir auch über ein Ende der Zollunion diskutieren“, so Liese, der seit Beginn der Diskussion im Jahr 1999 fordert, dass die Türkei kein Vollmit-

glied in der Europäischen Union werden darf. „Ich freue mich, dass die Mehrheit meiner Kollegen jetzt endlich eine kritischere Position zur Türkei einnimmt. Erdogan ist dabei seine letzten Freunde zu verprellen. Aus vielen Gründen halte ich die Mitgliedschaft der Türkei auch langfristig für den falschen Weg. Wir müssen versuchen die demokratischen Kräfte in der Türkei zu stärken und das Land auf einen vernünftigen Weg zurück zu bringen, aber Ziel sollte nicht die Vollmitgliedschaft sein. Das Mandat für die Beitrittsverhandlungen aus dem Jahr 2004 sieht ausdrücklich vor, dass am Ende auch eine andere Art von Partnerschaft stehen kann, zum Beispiel nach dem Modell Norwegens“, so Peter Liese

Windkraftanlagen sollen noch leiser werden

Gespräch mit Prof. Carolus von der Universität Siegen



Da die Windenergie gegenüber anderen erneuerbaren Energien an Land relativ kostengünstig umsetzbar ist, muss sie in Südwestfalen in vertretbarer Form weiter ausgebaut werden. Natürlich müssen hierbei die Bedenken der Bevölkerung berücksichtigt werden.

Prof. Dr. Thomas Carolus vom Institut für Fluid- und Thermodynamik der Universi-

tät Siegen erklärt, dass beispielsweise Geräuschemessungen heutzutage kein Thema mehr seien. „Nach einer aktuellen Studie der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz in Baden-Württemberg, liegen die von Windkraftanlagen erzeugten Infraschallpegel deutlich unterhalb der Wahrnehmungsgrenzen des Menschen. Im Haus ist jede einfache Waschmaschine ein dominanter Schallerzeuger.“

Prof. Carolus erforscht mit seinem Team an der Universität Siegen unterschiedliche Ansätze, um die Windkraft noch leiser zu machen und unangenehme Geräusche für die Bevölkerung zu vermeiden.





EU-Klimapolitik und Wettbewerbsfähigkeit der Industrie in Südwestfalen

Sorgen der heimischen Kalkindustrie finden Gehör bei CDU-Politikern / Sonderregelungen im Rahmen der EU-Klimapolitik möglich

Bei einem Besuch der CDU-Bundestagsabgeordneten Christel Voßbeck-Kayser und Peter Liese im Lhoist-Kalkwerk im Hönnetal, fanden die Sorgen der heimischen Kalkindustrie Gehör bei CDU-Politikern in Berlin und Brüssel.

Die Kalkindustrie befürchtet, dass sie in Zukunft zu unrealistischen Treibhausgas-minderungszielen verpflichtet wird. Die Kalkindustrie verfolgt die aktuelle Überprüfung des europäischen Emissions-handelssystems (ETS) für den Zeitraum 2021-2030 mit Sorge, da bisher noch unklar ist welche Kosten auf die Industrie zukommen werden. Betroffen sind unter anderem auch die Lhoist-Kalkwerke in Menden, Lennestadt-Grevenbrück und Brilon-Messinghausen, sowie Kalkwerke anderer Unternehmen in Warstein und Erwitte.

Vertreter der Kalkindustrie informierten die Abgeordneten, dass die Industrie bei der Treibhausgasreduzierung an technische Grenzen stoße, da zwei Drittel der CO₂-Emissionen aus dem chemischen

Prozess der Kalkproduktion stammen und nicht beeinflussbar seien. Die Kalkindustrie gehört zu den treibhausgasintensivsten Industrien in Europa. Im Gegensatz zu anderen Produkten kann man Kalk allerdings nicht ohne CO₂-Emissionen herstellen. Peter Liese versteht die Situation der Industrie gut: „Wir müssen das Klima schützen und die Europäische Union hat sich bei der Klimakonferenz in Paris verpflichtet 40% der Emissionen bis 2030

einzusparen. Aber auf der anderen Seite müssen wir die physikalischen Gegebenheiten anerkennen. Man braucht Kalk, unter anderem beim Umweltschutz und man kann ihn nicht ohne CO₂-Emissionen herstellen. Deswegen sind die Anliegen der heimischen Industrie, die oft stark im internationalen Wettbewerb steht, berechtigt und ich kämpfe in Brüssel dafür, dass sie umgesetzt werden. Es geht hier auch um Arbeitsplätze in der Region“.



v.l. Dr. Zacharias Grote (Site Manager im Werk Hönnetal), Dr. Philipp Niemann (Mitglied der Geschäftsführung Lhoist Germany), Paul Schipper (Vorsitzender der Geschäftsführung, Lhoist Germany), Dr. Peter Liese, Christel Voßbeck-Keyer, Thomas Nowak (Industrial director).

Fortsetzung auf Seite 7

Erneute Regionale-Bewerbung: Chance zusätzliche EU-Mittel nach Südwestfalen zu bekommen



Peter Liese begrüßt die erneute Bewerbung der Region Südwestfalen für eine Regionale: „Die Regionale 2013 hat Südwestfalen stärker zusammengeschweißt und viele tolle Projekte ermöglicht. Sie war auch ein wichtiger Schlüssel dafür viele EU-Mittel nach Südwestfalen zu bringen. Eine neue Regionale würde wahrscheinlich wieder EU-Mittel in der gleichen Größenordnung nach Südwestfalen bringen.“

Das Land NRW wird in den nächsten Monaten darüber entscheiden, wer im Jahr 2022, beziehungsweise im Jahr 2025,



v.l. CDU Kreisvorsitzenden Jochen Ritter, Dr. Stephanie Arens (Projektmanagement LandLeben), Peter Liese, Hubertus Winterberg (Geschäftsführer) und Marie Ting (Regionalmarketing Managerin)]

den Zuschlag für eine Regionale erhält. Auf Vorschlag der Verantwortlichen der Südwestfalen-Agentur und der fünf Landräte, bewirbt sich Südwestfalen nach der erfolgreichen Regionale 2013 erneut. Insgesamt wurden rund 33,5 Millionen Euro im Rahmen der Regionale von der EU finanziert, vor allen Dingen aus dem Wirtschaftsförderprogramm Ziel 2.

Dr. Stephanie Arens, Südwestfalen Agentur:

„Wir möchten kluge und mutige Lösungen mit Utopie-Charakter entwickeln – die modellhaft für NRW sind und sich mit Strategien des Landes verbinden.“



Fortsetzung von Seite 6

Peter Liese hat sich bei den Verhandlungen in Brüssel für eine höhere kostenlose Zuteilung von Emissionszertifikaten an die Industrie eingesetzt, denn Produktionsverlagerungen können nicht das Ziel sein. „Solange die CO₂-Emissionen nicht vermieden werden können, brauchen wir Sonderregeln. Wer auf dem neuesten Stand der Technik ist, soll nicht bestraft werden“, so Liese.

Mit den Verhandlungen im Parlament war Liese zufrieden, der zuständige Berichtserstatter war auf viele Anliegen der EVP-Fraktion eingegangen: „Der Kompromiss im Parlament ist gut für die Arbeitsplätze und für die Umwelt, denn er schützt Un-

ternehmen, die auf dem neuesten Stand der Technik produzieren, bringt aber alte Dreckschleudern unter Druck. Dass Deutschland nach über einem Jahr endlich eine Position hat, hat uns auf diesem Weg sehr geholfen. Eine Stärkung des Emissionshandels bei gleichzeitigem Schutz innovativer Betriebe ist im deutschen Interesse, weil ambitionierte europäische Lösungen in Zukunft auch nationale Alleingänge vermeiden können.

Gleichzeitig sollen mehr Zertifikate aus dem ETS genommen werden, um das Preissignal zu verstärken damit sich Innovationen und saubere Technologien in der Industrie- und insbesondere im Kraftwerkssektor mehr lohnen. Derzeit muss

für das Recht eine Tonne CO₂ auszustoßen ungefähr 5€ gezahlt werden. Das ist noch zu wenig, bevor sich Investitionen zum Beispiel in moderne Gaskraftwerke wirklich lohnen.

Peter Liese hat sich dafür eingesetzt, dass andere Sektoren, wie der Verkehrssektor, der Gebäudesektor und auch die Landwirtschaft, ebenso einen Beitrag zum Klimaschutz leisten und nicht alles von der Industrie gestemmt werden muss.

Peter Liese:

„Energieeffizienz ist die kosteneffizienteste Lösung Treibhausgasemissionen einzusparen.“

Auch ohne Regulierung von Toastern und Duschköpfen große Energieeinsparungen durch Ökodesign

Sorgen der heimischen Kalkindustrie finden Gehör bei CDU-Politikern / Sonderregelungen im Rahmen der EU-Klimapolitik möglich

Die EU-Kommission hat neue Vorgaben für die Regulierung des Energieverbrauchs von verschiedenen Elektrogeräten, die sogenannten Ökodesignvorgaben beschlossen. So wurde festgelegt, dass sich Europa in Zukunft auf Energieeffizienzstandards für Produkte mit großem Einsparpotential konzentriert, deren Regulierung für die Verbraucher keine Einschränkungen im Alltag mit sich bringen. „Wir dürfen uns nicht zu sehr im Klein-Klein verlieren, sondern müssen das große Ganze im Auge behalten. Bestehenden Regeln gibt es beispielsweise schon seit längerem für Elektromotoren, die in der Industrieproduktion angewandt werden. Allein hierdurch konnte Strom in der Größenordnung von

135 TWh pro Jahr eingespart werden. Das entspricht der Stromproduktion von 17 Atomkraftwerken. Heftig kritisierte Ideen allerdings, wie beispielsweise die Regulierung des Energieverbrauchs von Toastern, Duschköpfen oder Kaffeemaschinen sind mit dieser Entscheidung vom Tisch. Die Kommission folgt hier den Vorschlägen der christdemokratischen EVP-Fraktion. Ich begrüße diesen neuen Ansatz daher sehr. Ökodesignstandards und damit weniger Energieverbrauch, sind sinnvoll, sparen bares Geld und machen uns unabhängiger von Energieimporten, zum Beispiel aus Russland. Durch die beschlossenen Ökodesignmaßnahmen kann ein Haushalt bis zu 490 Euro bei der Energierechnung

sparen. Allein durch bereits bestehenden Produktstandards wird bis 2020 jährlich Strom in der Größenordnung des Energieverbrauch Italiens eingespart. Durch die neuen Produkte, wie beispielsweise Solarpanelen oder Hochdruckreiniger, wird bis 2030 zusätzlich Strom in der Größenordnung des jährlichen Stromverbrauchs Schwedens eingespart. Dies allein zeigt, wie sinnvoll die Ökodesignanforderung sind“, erklärte Liese.



In jeder Ausgabe möchten wir Ihnen ein Gericht aus einem Land der EU vorstellen.

„Clafoutis de Raisins“ - Trauben-Biskuitauflauf

ZUTATEN:

- 400g Weintrauben
- 3 Eigelb
- 1 Spur Salz
- 3 El. Mehl
- ¼ l Milch
- 2 Eiweiß
- 1 Tl. Zitronensaft
- Margarine zum Einfetten

Trauben waschen, abziehen und entkernen, wenn nötig.

Eigelb, Zucker und Salz schaumig rühren und Mehl unterheben. Eiweiß mit Zitronensaft steif schlagen und unter den Teig heben.

Auflaufform einfetten, Weintrauben hereingeben, Teig darauffüllen und in den vorgeheizten Backofen schieben.



Backzeit: 50-60 min. Elektroherd: 180°C, Gasherd: Stufe 3

Noch heiß mit Puderzucker bestäuben und servieren.



Kostenloses Interrail-Ticket für jeden 18-jährigen Europäer!

Idee nimmt Fahrt auf / Debatte im Europäischen Parlament

Peter Liese:

„Junge Menschen sind die Zukunft Europas. Wir möchten die Möglichkeit Erfahrungen im Europäischen Ausland zu machen unbedingt fördern.“

Die Idee, dass jeder junge Europäer zu seinem 18. Geburtstag ein kostenloses Interrail-Ticket geschenkt bekommt, wur-

de vom Vorsitzenden der Christdemokraten im EU-Parlament, Manfred Weber, vorgestellt. Jetzt nimmt der Vorschlag Fahrt auf und wird Thema einer separaten Plenardebatte sein. Auch Peter Liese setzt sich massiv für das Ticket ein: „Ich habe selbst als 18-jähriger Europa mit der Bahn bereist und dabei unersetzliche Erfahrungen gemacht, die mir bis heute sowohl im privaten, als auch im Berufsleben nützen. Diese Möglichkeit sollte jeder erhalten.“



EU-Bildungsprogramm ERASMUS+

Erasmus+ ist ein Förderprogramm der Europäischen Union, durch das jeder die Möglichkeit hat an den vielen Vorteilen und Chancen in der EU teilzuhaben. Menschen jeden Alters können wertvolle Erfahrungen im Ausland sammeln, sei es im Rahmen eines Auslandsstudiums, eines Praktikums oder der Arbeit in einer Bildungseinrichtung. Auch für Organisationen hat Erasmus+ einiges zu bieten: Sie können mit dem Programm die Qualifikationen ihres Personals verbessern oder länderübergreifende Kooperationspartnerschaft-



ten mit anderen Organisationen knüpfen. Peter Liese freut sich mitteilen zu können, dass für das Jahr 2017 rund 2,5 Mrd. Euro der Erasmus+ Förderung zur Verfügung

stehen, was etwa 13 Prozent mehr als im Vorjahr ist. Private und öffentliche Organisationen können ab sofort ihre Projektanträge aus dem Bereich Bildung, Jugend und Sport einreichen.

Peter Liese:

„Man sollte keine Scheu davor haben Erasmus+-Fördergelder zu beantragen und von der EU zu profitieren.“

Gewinnspiel!

SUDOKU



1	4	3		2	6	
		2				
3		8	5	1	9	
2	1			5		
	4			8		
	8	6		9	3	
4			9	6		
		1			8	
5	9	8	3		1	2

Ziel des Rätsels ist es, die leeren Felder so zu vervollständigen, dass in jeder Zeile, in jeder Spalte und in jedem Block die Ziffern 1-9 nur einmal vorkommen. Es gibt nur eine eindeutige Lösung!

Die Lösung lautet:



Bitte senden Sie die Lösung bis zum **20. Mai 2017** unter Angabe Ihres Namens und Ihrer Anschrift an das: **Europabüro für Südwestfalen Le-Puy-Str. 17, 59872 Meschede** Tel. 0291 9959 13, Fax 0291 9959 27 E-Mail: info@peter-liese.de www.peter-liese.de

Mitmachen lohnt sich:



Unter den richtigen Einsendungen verlost Peter Liese 2 Powerbanks, 3 Kapuzenshirts, 5 Butterbrotchen, und 3 Travel-Sets.

Viel Glück!



Impressum: Europabüro für Südwestfalen, Le-Puy-Str. 17, 59872 Meschede, Tel. 0291 9959 13, Fax 0291 9959 27, E-Mail: info@peter-liese.de, www.peter-liese.de / Fotos: Peter Liese, pixelio.de, Fotolia.de